



16.11.2017 – 17:26 Uhr

ikr: Umweltministerin Dominique Gantenbein an der Klimakonferenz in Bonn

Vaduz (ots) -

Die diesjährige UN Klimakonferenz startete am Montag 6. November unter der Präsidentschaft von Fidschi in Bonn. Vertreter aus insgesamt 197 Vertragsstaaten verhandeln die Grundlagen für das Regelwerk des globalen Klimavertrages von Paris. Umweltministerin Dominique Gantenbein nahm gemeinsam mit zahlreichen Staatsoberhäuptern und Ministerkolleginnen und -kollegen am High Level Segment teil.

Der Inselstaat Fidschi hat die Präsidentschaft inne aber die Konferenz findet in Bonn statt. Dies ist ein Novum bei dieser Vertragsstaatenkonferenz und ein vorbildliches Beispiel für die Kooperation und Zusammenarbeit zwischen Nationen. Deutschland stellt die gesamte Infrastruktur zur Verfügung.

An dieser Konferenz wird die Grundlage für das Regelwerk des Übereinkommens von Paris ausgearbeitet, das nächstes Jahr in Kattowitz, Polen, verbindlich beschlossen werden soll. «Dazu benötigen wir eine transparente Vorgehensweise zur Klärung der Frage, wie die verschiedenen Interessen angemessen berücksichtigt werden können. Das ist ein herausfordernder und umfangreicher Prozess, der in meinen Augen aber wichtig für den nächsten grossen gemeinsamen Schritt in die Zukunft ist», so Umweltministerin Dominique Gantenbein.

Im Rahmen des Ministersegments setzte sich Umweltministerin Dominique Gantenbein insbesondere für ein kleinstaatenträgliches Regelwerk ein. In ihrer Rede gab sie unter anderem Auskunft über die liechtensteinischen Aktivitäten im Bereich der nationalen Klimapolitik und die Ratifikation des Pariser Abkommens. Zudem traf Gantenbein an der Konferenz mit ihren Amtskollegen der Environmental Integrity Group aus Monaco, Mexiko, der Schweiz und Südkorea zusammen, um sich über die nationalen sowie internationalen Entwicklungen im Klimabereich auszutauschen und sich hinsichtlich der Verhandlungspositionen abzustimmen. Des Weiteren entschieden die Minister, dass Georgien in die Verhandlungsgruppe aufgenommen wird. Mit Georgien pflegt Liechtenstein bereits aussenpolitische Kontakte. Diese Beziehungen werden durch die Zusammenarbeit im Klimabereich weiter vertieft.

Infobox

Klimaabkommen von Paris

In diesem rechtlich bindenden völkerrechtlichen Abkommen ist vereinbart, die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf möglichst weit unter zwei Grad Celsius zu beschränken. Dafür wird ein weitgehender Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger bis Mitte des Jahrhunderts als notwendig angesehen. Bisher haben 169 Staaten das Übereinkommen von Paris ratifiziert. Der Landtag hat dem Klimaabkommen von Paris, welches ab 2020 das Kyoto Protokoll ablösen soll, im Juni 2017 zugestimmt. Am 20. September wurde Liechtensteins Ratifikationsurkunde am Rande der UNO-Generalversammlung an deren Hauptsitz in New York hinterlegt. Liechtenstein hat sich im Rahmen des Übereinkommens von Paris dazu verpflichtet, bis 2030 seine Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40% zu reduzieren. Insgesamt sollen mindestens 30% der Reduktionen gegenüber 1990 mit Massnahmen im Inland erfolgen. Als wichtigste nationale Instrumente zur Umsetzung dienen das CO₂-Gesetz sowie die Energiestrategie, welche zur Zielerreichung angepasst werden sollen.

Kontakt:

Ministerium für Inneres, Bildung und Umwelt
Stephan Jäger
T +423 236 76 83

Heike Summer, Amt für Umwelt
T +423 236 61 96

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100809394> abgerufen werden.